

Regierungsbefragung, Mittwoch 13. Juni, ab 13:00 Uhr

An Bundesministerin Svenja Schulze

Kabinettsbeschluss Klimaschutzbericht 2017

Fragen von MdB Lorenz Gösta Beutin

Energie- und klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

1. Seit 2014 sind die klimaschädlichen Emissionen in Deutschland gestiegen, statt gesunken. Die Klimaschutzlücke wird in jedem der Klimaschutzberichte der Bundesregierung größer, die derzeitige Zielverfehlung wird nun auf acht Prozent geschätzt. Bis 2020 hat Deutschland den aktuellen Berechnungen der Bundesregierung nur 32 Prozent klimaschädliche Emissionen weniger als 1990 ausgestoßen, wobei der Bundesrepublik rund ein Drittel der CO₂-Einsparungen durch den Abriss der Industrie in den neuen Bundesländern in den Schoss gefallen ist. Unabhängige Forschungsinstitutionen gehen sogar von einer Zehn-Prozent-Lücke aus. Das ist dramatisch zu wenig Klimaschutz, und wird dem Pariser Klimaschutzabkommen nicht gerecht, das Deutschland 2016 ratifiziert hat. Auch die EU-Klimaschutzziele im Nicht-Emissionshandel-Bereich wird Deutschland reißen, wobei ein dreistelliger Millionenbetrag an Strafzahlungen auf den Steuerzahler zukommt. Es müssen also Sofort-Klimaschutz-Maßnahmen her, nicht nur für die 2020-Marke, sondern auch für 2030, jedes Zögern erhöht den Zeitdruck und wird drastischere Klimaschutzmaßnahmen erforderlich machen.

Darum meine Frage: Bestätigt die Bundesregierung, dass das durchschnittliche Minderungstempo, das zwischen 1990 und 2017 erzielt wurde, ab 2018 deutlich erhöht werden müsste, um die Minderungsziele bis 2030 noch zu erreichen? Unseren Berechnungen zufolge müsste sich die Geschwindigkeit der Einsparungen schon jetzt, ab sofort, verdreifachen, um das 2030-Ziel zu schaffen. Um welchen Faktor müsste das Tempo insgesamt und in den einzelnen Sektoren gemäß der vorhergehenden Frage Ihrer Kenntnis zufolge erhöht werden?

2. Die verfehlten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung und ihrer Vorgänger-Regierungen von Großer Koalition und Schwarz-Gelb sind Grund für die verfehlten Klimaziele, die Merkel-Regierungen verfehlen also ihre eigenen politischen Ziele. Erstaunlich aus unserer Sicht die Begründung dafür im Klimaschutzbericht 2017, ich zitiere: „Die Entwicklung der beiden Faktoren Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszahl erhöht wahrscheinlich die Treibhausgasemissionen und damit auch die zu vergegenwärtigende Lücke zum 40-Prozent-Ziel.“ Kein Wort aber zu fehlenden Politikmaßnahmen wie ein Kohleausstiegsgesetz oder eine Verkehrswende, die Bundeskanzlerin hat sich ja sogar persönlich gegen zu hohe CO₂-Flottenziele auf EU-Ebene stark gemacht. Das finde ich außerdem ein wenig schräg argumentiert. Denn schaut man auf die Reduktions-Prognosen der Bundesregierung aus 2011, dann sind es vor allem der Energiesektor und der Verkehrssektor, die bis heute nicht liefern,

während aber die privaten Haushalte, sprich die gewachsene Bevölkerung, und der Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, also das, was die Menschen konsumieren, ihre prognostizierten Einsparziele in den letzten Jahren sogar übererfüllt haben.

Darum meine Frage an Sie: Sind Sie der Ansicht, Frau Ministerin, dass Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum für das Verfehlen der eigenen Ziele verantwortlich sind, und auf welche Sektoren soll das ganz konkret zutreffen?

3. Der Klimaschutzbericht 2017 führt aus, dass die Energiewirtschaft in 2016 mit 343 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten 38 Prozent an den Gesamtemissionen in Deutschland die meisten Treibhausgasemissionen verursachte. Im Vergleich zu den Vorjahren sank dieser Anteil leicht. Allerdings stagnierten die CO₂-Emissionen, sie machen weiterhin etwa 98 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen im Sektor Energiewirtschaft aus. Als eine wichtige Maßnahme wird, ich zitiere, die „schrittweise Reduzierung der Braunkohlekraftwerkskapazitäten“ aufgeführt. Für die Erarbeitung eines Ausstiegsdatums aus der Braunkohleverstromung und den dazu dringend nötigen Strukturwandel haben Sie letzte Woche die Kohlekommission eingesetzt. In NRW hat eine rot-grüne Landesregierung für den Braunkohletagebau Garzweiler II Abbaugenehmigungen bis 2045 genehmigt. Und Ministerpräsidenten Armin Laschet aus NRW sagte vor wenigen Tagen, ein Einstieg in den Ausstieg sei erst ab 2030 möglich.

Meine Frage lautet daher: Reicht Ihren Erkenntnissen zufolge ein Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ab 2030 aus, um die Klimaziele der Bundesregierung zu schaffen?